

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 13.31. Jahrg.

29. März 1918.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domick, Berlin N 24, Elsenstr. 85-88 III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schanditz, Auguststr. 9-9.

Insertion. Für die viergespaltene Feilzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieber sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Vereinbarung. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Ostern. Wilde Streiks. Rundschau. Teuerungszulagen und Lebensmittelpreise. — Allgemeines: Ein düsteres Zukunftsbild. Aus dem Gau Schlesien. Ortsberichte: Berlin, Solingen. — Feuilleton: Scheußlichkeiten. Vom Büchertisch. — Anzeigen.

Bekanntmachungen.

Beitragsserhöhung vom 1. April 1918 ab. Nach dem bis jetzt vorliegenden Resultat der Urabstimmung steht die Annahme der Beitragsserhöhung außer allem Zweifel. 90 Prozent der Kollegen haben die zur Urabstimmung stehende Frage mit »Ja« beantwortet. Die Wochenbeiträge betragen deshalb vom 1. April dieses Jahres ab:

- 1,50 Mk. für Vollmitglieder,
- 1,20 Mk. für Mitglieder, die bisher 1 Mk. zahlten,
- 90 Pfg. für Mitglieder, die bisher 80 Pfg. zahlten,
- 80 Pfg. für weibliche Mitglieder, die bisher 60 Pfg. zahlten,
- 55 Pfg. nur für die Krankenkasse zahlende Mitglieder, die bisher 45 Pfg. zahlten,
- 50 Pfg. für solche Mitglieder, die nach § 30 bisher 40 Pfg. nur für die Invalidenkasse zahlten.

Die neuen Marken sind den Mitgliedschaftsvorständen bereits zugegangen.

Beitragsrechte können bis zum 1. Mai dieses Jahres durch die bisherigen Beitragsmarken beglichen werden. Nach dieser Zeit dürfen für die noch vorhandenen Reste von den Kassierern nur noch neue Marken verkauft werden.

Der Hauptvorstand.
I. A.: Otto Sillier.

Wilde Streiks.

Das Tarifamt der Buchdrucker hatte sich in seiner Sitzung vom 1. März dieses Jahres mit einer Klage zu beschäftigen, die einige Berliner Buchdruckfirmen bei den tariflichen Schiedsinstanzen eingereicht hatten. Die Klage lautete auf »begangenen Tarifbruch in idealer Konkurrenz mit Kontraktbruch.« Das Schiedsgericht lehnte die Klage mit Stimmgleichheit ab, worauf die Kläger das Tarifamt als Berufungsinstanz anriefen. Wir wollen zunächst feststellen, daß das Tarifamt von einer Prüfung und Entscheidung darüber, ob die Beklagten auch Tarifbruch begangen hätten, Abstand nahm, aber die Beklagten des Kontraktbruches für schuldig erklärten. Das Tarifamt hielt sich auch für berechtigt:

»den klagenden Firmen zu empfehlen, in dieser ersten Zeit, in der das ganze Volk fortgesetzt schweren Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens ausgesetzt ist, von der Forderung einer Kontraktbruchstrafe abzusehen und mit der Entscheidung des Tarifamtes den im Interesse des gewerblichen Friedens, der allgemeinen Tarifsache und nicht zuletzt der Arbeitersache tief bewauerlichen und scharf zu beurteilenden Vorfall als gesühnt und erledigt zu betrachten.«

Wir führen aus den Entscheidungsgründen das wesentlichste hier an:

»Ein wesentlich wichtiger Teil des Tarifs ist die Bestimmung über Kündigungsrecht und Kündigungspflicht. Dies geht schon daraus hervor, daß zum Zwecke der gewissenhaftesten Befolgung dieser tariflichen Pflicht zwischen der Prinzipals-Organisation und den beiden Gehilfen-Organisationen noch ein besonderer Haftungsvertrag zum

Abschluß gekommen ist. Außerdem bestimmt der § 82 des Tarifs, daß Zweck der Tarifgemeinschaft unter anderem die Sicherung des gewerblichen Friedens durch Schaffung und Schutz des tariflichen Rechtes ist, und daß alles, was mit dem Zwecke der Tarifgemeinschaft verbunden ist, unter Ausschluss parteipolitischer und religiöser Gesichtspunkte zu erfolgen habe. Das ist nicht anders zu verstehen, als daß Parteipolitik und Religion die Erreichung und Innehaltung dieser Zwecke der Tarifgemeinschaft — dazu gehört natürlich auch die Aufrechterhaltung der gewerblichen Ordnung — in keiner Weise beeinflussen dürfen. Daß die beklagte Arbeitsniederlegung die gewerbliche Ordnung erheblich verletzt hat und auch einen partei-

Ostern.

Frühling breitet über die Welt sein Licht,
Stube und Straße — wie wundersam erhellet!
Sonne wogt lockend über das braune Feld,
Sonne, die blitzende Kränze in düstere Wälder flücht.

Viele, viele sehen die Flamme nicht,
Spüren die Luft nicht, die knospende Rinden
schwellt,
Frösteln vorm Schatten, der breit auf die Erde fällt.

Und des Himmels feingoldenen Strahl zerbricht
Tief im Dunkel versinkt all die schimmernde Pracht.

Notgraue Dämmerung nistet in Gasse und Haus;
Über die Dächer weit reckt sie sich drohend aus,
Wandelt die sonnigen Tage in sternlose Nacht.

Brennende Augen starren in wühlende Schlacht;
Wenende Herzen bluten im tobenden Graus,
Lauschen sehnsüchtig in klirrende Ferne hinaus,
Warten der zögernden Botschaft: Nun ist es vollbracht.

Dampf im Schatten, von quellender Lust entbößt,

Leben um Leben zu quälendem Traum verblich:
Ragend ein Kreuz, vor dem die Sonne entwich
Und der Frühling in fressendem Dunkel verwest.

Ragend ein Kreuz, das hoch in die Wolken stößt;
Laternen erglänzen finster und feierlich:

Siehe, hier kreuzigt die irrende Menschheit sich! ...
Harre des Wunders, das einst die arme erlöset.
Ernst Preczang.

politischen Charakter trug, ist nachgewiesen; die beklagte Handlung ist deshalb auch eine Verletzung der Bestimmung des § 82 des Tarifs.

Nach dem Kommentar zum Tarif, liegt Kontraktbruch vor, sobald ein Prinzipal einen Gehilfen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entläßt, oder wenn der Gehilfe in derselben Weise seine Stellung verläßt. Ob dieses Verlassen der Stellung ein völliges Ausscheiden aus der Arbeitsstätte oder nur ein vorübergehendes Entfernen aus derselben zum Ziele hat, und aus welchem Anlaß dies geschieht, ist für die Entscheidung, ob Kontraktbruch vorliegt, nicht ausschlaggebend; denn jede Arbeitseinstellung (Streik) ist regelmäßig eine Lösung des Arbeitsverhältnisses, und nicht nur ein Aussetzen mit der Arbeit. Das ist auch die Spruchpraxis der Gewerbegerichte, so daß es weder eines Tarifs, noch eines Organi-

sationsvertrages bedürfen würde, um so entscheiden zu müssen. —

Zu den auf Treu und Glauben aufgebauten Grundsätzen der Tarifgemeinschaft gehört unbestritten auch der Wille der Tarifparteien, während der Gültigkeitsdauer des Tarifs Streiks (und Aussperrungen) vollständig auszuschließen. Ob eine Arbeitsniederlegung (Streik) aus parteipolitischen Gründen erfolgt ist, vermag an der Tatsache des begangenen Kontraktbruches nichts zu ändern. Wollte man diesen Rechtsgrundsatz bei dem zur Entscheidung stehenden Konflikt nicht anerkennen, dann würden Tarifverträge auch dem Arbeiter keinen Schutz mehr gewähren können, falls die Arbeitgeber ebenfalls aus parteipolitischen Gründen eine Aussperrung der Arbeiter vornehmen würden. Daß die Möglichkeit zu einer solchen Maßnahme im anderen Lager nicht ausgeschlossen ist, wird von seiten der Beklagten nicht bestritten werden können. Im Buchdruckgewerbe ist eine solche Aussperrung nach Überzeugung des Tarifamtes während der Gültigkeitsdauer des Tarifs aber bestimmt nicht zu erwarten, sondern muß als ausgeschlossen gelten, und deshalb hatten auch die Gehilfen die Pflicht, unter Berufung auf ihre tarifliche Ordnung die Teilnahme an einem solchen parteipolitischen Streik zu unterlassen. Das Tarifamt aber kann seine Entscheidung nur treffen nach dem obersten Grundsatz unserer Tarifgemeinschaft, und der geht zweifellos dahin, daß in unseren Schiedsinstanzen ohne Ansehung der Person nur Recht zu sprechen ist. —

Schon in unserem Artikel in No. 7 der »Graphischen Presse«, über die Erklärung des Tarifamtes der Chemigraphen und Kupferdrucker bestritten wir die Möglichkeit, diesem Streik mit den Bestimmungen unseres Tarifes gerecht werden zu können. An diesen Bestimmungen gemessen kann man im allgemeinen kaum zu einer anderen Auffassung kommen, als die beiden Tarifämter der Buchdrucker und der Chemigraphen gekommen sind. Die lange Begründung des Tarifamtes läßt deutlich erkennen, wie schwer es den Verfassern geworden ist, über den Ernst der Ursachen dieses Streiks mit formalen Gründen hinweg zu kommen. Darauf weist auch der von uns absichtlich zu Anfang gestellte Satz hin, wonach das Tarifamt von einer Kontraktbruchstrafe abzusehen bittet.

Noch einmal wollen wir betonen, hier hat es sich nicht um eine Machtwortprobe der Arbeiterschaft gegenüber den Arbeitgebern gehandelt; am allerwenigsten in unserem Gewerbe, wo die Arbeitgeber häufig genau so unter den Wirkungen des Krieges saßen, wie die Gehilfen. Niemand dachte daran, mit seiner Beteiligung am Streik den Tarif gefährden oder das Gewerbe schädigen zu können. Es war, wie wir schon am 15. Februar dazu gesagt haben, »ein elementares Ereignis, in dessen Verlauf der Einzelne wie von einem Wirbelsturm gefaßt, gegen seinen Willen

herumgeworfen wurde.« Es hätte nicht kommen können, wenn nicht der infame Lebensmittelwucher, die Verschandelung der Wahlrechtsvorlage, skrupellose Agitation der Alldeutschen, und nicht zuletzt gerade für unser Gewerbe, die empörenden Zensurverhältnisse und Zeitungsverbote, die erregte Stimmung zur Siedehitze gesteigert hätten.

Heute drängt es uns, ein ernstes Wort auch an unsere Kollegen zu richten. Die Vorgänge des Januar haben uns bewiesen, wie schwere Folgen derartige wilde Streiks für unsere berufliche Arbeit haben können. Wir nähmen sie gewiß gern in Kauf, wenn die Möglichkeit bestände, dafür weitgehende politische und wirtschaftliche Erleichterungen für uns zu erlangen. Der Krieg hat hunderte und aber hunderte unserer Kollegen aus dem Beruf hinaus geworfen, vielen anderen hunderten die ganze Existenz und tausenden das Leben selbst vernichtet. Da wäre es kindlich, den Tarif als das Unantastbare, als das Letzte, das Heiligste ansprechen zu wollen. So wie wir uns im Anfang des Krieges unter dem überwältigenden Kriegsausbruch mit schweren Rückschlägen auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse haben zähneknirschend abfinden müssen, trotzdem nur wenige Unternehmer damals an die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen dachten, so hätten wir auch beruflich noch mehr geduldig ertragen, wenn wir dadurch die Möglichkeit gehabt hätten, weitgehende politische Rechte und schnellst erwartete Erleichterungen für unsere ganze Lebenshaltung zu erringen. Denn wir sind daneben auch noch, wie jeder Unternehmer, Mitglied des deutschen Reiches und Mitglied der großen Gemeinschaft aller Menschen. Gewerblicher Gehilfe zu sein ist uns Mittel zum Zweck, die beiden letzten Eigenschaften aber, Staatsbürger und Mensch zu sein, sind uns Selbstzweck.

Etwas anderes ist es, ob wir mit dem von uns eingeschlagenen Wege des wilden Streiks unsere Stellung als politisches Staatswesen und Kulturmensch verbessern können? Wer das noch nicht gewußt hat, dem wird es der Ausgang der Streiks mit Deutlichkeit gezeigt haben.

Die Arbeiterschaft war bisher stolz auf ihre starken Organisationen. Sie hatten bei allem was wir für uns zu erreichen strebten, sei es politisch, gesellschaftlich oder wirtschaftlich, die Führung. Diese planmäßige organisatorische Arbeit, aber auch die bewußte Unterordnung unter die selbst gegebenen Beschlüsse war unser Stolz und unsere Stärke. Nichts ist durch den Streik bewiesen gegen die Idee, daß die organisierte menschliche Arbeit das Schicksal der Gesellschaft in ihrer Hand vereinigt, wenn sie es bewußt und einig anstrebt.

Was uns aber in den Tagen des Januar entgegen trat, das war ein einziger Hohn auf alles was die Arbeiterschaft in ihren jahrzehntelangen Kämpfen gelernt hatte. Es war Spielerei verantwortungsloser Personen, die zu feige waren, mit ihrem Namen für ihre Ideen einzutreten. Sind das Führer, die überall sich hinter anonymen Flugblättern und Handzetteln verstecken und öffentlich jede Verbindung mit diesen Vorgängen ableugnen?

Wir meinen, wenn innerhalb unseres Staates so schwere Umwälzungen zu erwarten sind, daß sie für die Arbeiterklasse einen lang ersehnten politischen oder wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten, dann muß uns dieser Fortschritt auch im Ernstfall das Leben oder die Freiheit einiger unserer besten Führer wert sein. In einer Zeit, in der das Leben von Millionen Menschen geopfert worden ist, da gibt es keine Person, und sei es auch die wichtigste, die das Recht hätte, sich ängstlich versteckt zu halten. Ist der zu erwartende Fortschritt aber nicht so groß, daß wir solche Opfer bringen können, dann ist er auch nicht wert, daß wir unsere jahrzehntelange Organisationsarbeit damit in Gefahr bringen, dann lassen wir die Hände gänzlich davon.

Auf alle Fälle muß sich die deutsche Arbeiterschaft, und nicht zuletzt unsere Kollegenchaft, die doch wahrhaftig nicht zu dem unintelligentesten Teil der Arbeiterschaft zählen kann, zu stolz fühlen, um auf die Unkenrufe unverantwortlicher Zettelverbreiter ihre selbst geschaffenen beruflichen Organisationen in Gefahr zu bringen.

Rundschau.

Arbeitszeit und Sittlichkeit. Wir billigen immer gern dem Gegner die Ehrlichkeit für seine dargelegte Überzeugung zu. Wer wollte das aber noch annehmen bei dem folgenden Artikel. Unter der Überschrift »Frauenarbeit in Papierfabriken« schreibt ein »R. E.« gezeidneter Unternehmer im »Wochenblatt für Papierfabrikation« u. a. folgendes:

»Die meisten Fabrikanten liegen in Berücksichtigung der Wasserkräfte wie auch namentlich des Fabrikationswassers mehr oder minder weit abseits von Städten und größeren Ortschaften, so daß die Arbeiter gezwungen sind, größere Wegstrecken bis zu ihrer Arbeitsstätte zurückzulegen. Die weiblichen Arbeitskräfte müssen nun, da sie nur mehr acht Stunden beschäftigt werden dürfen, mitten in der Nacht die Wegstrecken zu und von der Fabrik zurücklegen oder vielmehr mit primitiver Schlaflegenheit sich zufriedengeben. In Berücksichtigung dieser Verhältnisse sollte doch von allen Seiten an die Königliche Regierung herangetreten werden, daß durch die Erlaubniserteilung zur zwölfstündigen Arbeitszeit diesen Zuständen vorgebeugt wird. Denn es dürfte ohne Zweifel sowohl gesundheitlich als auch sittlich mit Gefahren verbunden sein, wenn mitten in der Nacht die weiblichen Arbeiterinnen oft stundenlang wandern müssen, selbst wenn sie gemeinschaftlich einen Teil des Weges zurücklegen, was aber auch nicht immer zu ermöglichen ist.«

Das bedeutet vier Stunden Arbeitsverlängerung zur — Hebung der Sittlichkeit. Schlimmere Heuchelei ist doch kaum noch denkbar.

Zum Jahresabschluss des Buchdruckerverbandes. Der Buchdruckerverband hatte am Schlusse des Jahres 1917 28 848 Mitglieder, einige mehr als am Jahreschluss 1916. 60 Prozent der früheren Verbandsmitglieder stehen im Felde. Für sämtliche Unterstützungszeile hat der Verband während des Krieges die enorme Summe von 11 584 86 Mk. verausgabt, darunter für Arbeitslosenunterstützung 2 656 638 Mk. und für die im Statut nicht vorgesehene Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer 2 763 576 Mk.

Die Einigung der Leipziger Gewerkschaften gescheitert. Vor kurzem tagte im Pantheon zu Leipzig eine Versammlung der Leipziger Gewerkschaftsfunktionäre, zu der außer den dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften auch die ausgetretenen eingeladen waren. Nur von der Einladung der Handlungsgehilfen war abgesehen worden, da diese am 13. Dezember beschlossenen hatten, entgegen den Vereinbarungen vom 26. November, ihren Wiederanschluss an das Kartell von der Bedingung abhängig zu machen, daß »im Gewerkschaftskartell mit der bisher betriebenen Politik der Generalkommission endgültig gebrochen werden müsse. Ferner war verlangt worden:

»Für alle wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Aufgaben ist das Einverständnis mit den in Frage kommenden Faktoren der gesamten Arbeiterbewegung herbeizuführen.«

Die übrigen ausgetretenen Gewerkschaften, die ihren Wiedereintritt in Aussicht gestellt hatten, haben sich nun mit den Handlungsgehilfen solidarisch erklärt und beschlossenen, sich ebenfalls nicht an der Versammlung zu beteiligen. Eine Vertagung der Versammlung wurde mit 177 gegen 88 Stimmen abgelehnt. Legien referierte dann ausführlich über die Haltung der Generalkommission in der Kriegszeit, das Generalkommissionsmitglied Cohen über das Hilfsdienstgesetz. In der Aussprache kamen Befürworter und Gegner der Haltung der Generalkommission zum Wort. Eine Entschliebung wurde nicht gefaßt. Die einstimmigen Abmahnungen vom 26. November 1917, die zu einer Verständigung hätten führen müssen, sind durch die ausgetretenen Gewerkschaften in den Wind geschlagen worden; damit ist die Verständigung vereitelt.

Gleiche Opferpflicht — gleiches Recht. In der »Frankfurter Zeitung« veröffentlicht der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Karl Legien, einen Leitartikel zur preußischen Wahlrechtsfrage, in dem er die frivol wahrheitsfeindlichen Elemente im Wahlrechtsausschuß des Abgeordnetenhauses aufs schärfste angreift. Sie beschwören die schwersten Gefahren über Deutschland herauf. Gegenüber der kleinen Gruppe, die ihre Vorrechte in Preußen um jeden Preis aufrechterhalten wolle, sei jedes Mittel erlaubt und geboten, die Gleichheit im Recht herbeizuführen. Nur diese Rechtsgleichheit sichere den dauernden Bestand Deutschlands über die Gefahren der Kriegszeit und Übergangswirtschaft hinaus.

Die Bundesturnfahrt des Arbeiter Turnerbundes 1918. Als im Vorjahre der Arbeiter Turnerbund seine erste große Bundesveranstaltung in

Form einer, Bezirksweise über das ganze Reich verteilten »Bundesturnfahrt« unternahm, da konnte er, trotz der Ungunst der Kriegsverhältnisse an einem Tag mehr als 120 000 wandernde Arbeiterturner auf die Beine bringen. Über 6 000 jugendliche Weikämpfer beteiligten sich an dem, mit der Turnfahrt verbundenen, einheitlichen Dreikampf. In diesem Jahre soll am 7. Juli zum zweiten Male eine Bundesturnfahrt stattfinden. Wiederum verbunden mit sportlichen Weikämpfen. Diesmal erhält die Veranstaltung aber eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß am gleichen Tage die Feier des 25jährigen Bestehens des Arbeiterturnerbundes damit verknüpft wird. Die nunmehr stattfindenden Bundesturnfahrten geben Zeugnis von dem allmählichen Wiederaufleben der Arbeiterturnerei. Daran zu erinnern eignet sich besonders die Osterzeit, wo wiederum tausende von jungen Menschenkindern die Volksschule verlassen und in das Erwerbsleben eintreten. Wer das weiß, welche nachteiligen Folgen für die Gesundheit dieser jähre Übergang aus der sorgenlosen Kinderzeit in den Kampf ums Dasein für die in der Entwicklung stehenden Körper der Knaben und Mädchen mit sich bringt, der wird die Aufforderung des Arbeiterturnerbundes zum Beitritt in seine Jugendabteilungen nur begrüßen und unterstützen. Bewegung in Luft, Licht und Sonne brauchen diese jungen Menschenblüten. Im Spiel und Turnen sollen sie ein Gegenmittel gegen die Schäden des Erwerbslebens finden.

Zusammenschluß von Kriegsbeschädigten-Organisationen. In Hamburg fanden vor kurzem Verhandlungen zwischen Vertretern des Berliner Bundes, des Hamburger Bundes und einiger größerer Lokalvereine, ferner auch der Hamburger Blindenorganisation statt. Das Ergebnis der Verhandlungen war der gemeinsame Entwurf einer Satzung. Diese soll dem zu Ostern in Weimar tagenden Bundestag des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer zur Beschlußfassung vorgelegt werden. An diesem Bundestag werden sich aber bereits sämtliche bei der Konferenz vertretene Organisationen zwecks Schaffung einer Einheitsorganisation beteiligen, so daß der Bundestag gemeinschaftlichen Charakter tragen soll. Ferner werden auf ihm noch verschiedene andere Lokal- und Bezirksvereinigungen als Gäste vertreten sein, deren Ansbau bei gutem Ergebnis der Verhandlungen zu erwarten ist. So besteht die Hoffnung, daß der jetzigen Zersplitterung der Kriegsbeschädigtenbewegung in kurzer Zeit Einheit getan wird, und eine starke leistungsfähige Einheitsorganisation hervorwächst.

Die Zahl der Verkehrsunfälle steigt! Damit steigt aber auch die Zahl der Todesfälle der Passagiere und der Verkehrsangestellten. Die letzteren sind bei der stetig zunehmenden Erschwerung des Betriebs fähig der Gefahr des Lebensverlustes ausgesetzt, und da sie meist nicht in der Lage waren, von ihrem Verdienst Ersparnisse zurückzulegen, stehen ihre Familien beim Eintritt eines Todesfalls ohne nennenswerte Mittel da. Hier tut Selbsthilfe! Alle im Eisenbahn-, Straßenbahn- und Schiffsdienst tätigen Beamten, Arbeiter und Arbeiterinnen können durch eine Versicherung bei der Volksfürsorge für ihre Angehörigen die für den Todesfall dringendsten Geldmittel sicherstellen! Die Volksfürsorge bietet günstige Versicherungsbedingungen nach verschiedenen Tarifen für den Todes- und den Erlebensfall. Da sie beim Eintritt des Todes durch einen Unglücksfall die vereinbarte Versicherungssumme sofort nach dem Versicherungsabschluß ohne jede Karenzzeit auszahlt, wirkt jede Lebensversicherung bei der Volksfürsorge von selbst auch als Unfallversicherung. Es ist daher die Versicherung bei der Volksfürsorge ganz besonders den Angestellten in den lebensgefährlichen Betrieben zu empfehlen!

Nachtbackverbot. Der Entwurf eines gesetzlichen Nachtbackverbots, der diesen sozialpolitischen Fortschritt auch für die Friedenszeit aufrechterhalten will, ist im Bundesrat angenommen worden. Es sieht zu erwarten, daß auch der Reichstag diesem Fortschritt keine Hindernisse in den Weg legen wird.

Aus dem Auslande.

Der Senefelder-Bund, unsere österreichische Bruderorganisation, hat eine Ausdehnung seines Rekrutierungsgebietes erfahren. Durch Verständigung auf Veranlassung der Gewerkschaftskommission, an der der Verband der chemischen Industrie, der Buchdruckerhilfsarbeiterverband, der Buchbinderverband, der Kartonagenarbeiterverband und der Senefelder-Bund teilnahmen, wurde die Arbeiterschaft der Zigarettenspapierbranche dem Senefelder-Bund zugewiesen.

Teuerungszulagen und Lebensmittelpreise.

Bis zum Beginn des Jahres 1915 hielt sich die Steigerung der Lebensmittelpreise in mäßigen Grenzen. Aber dann kamen die Preiserhöhungen Schlag auf Schlag. Der Arbeitslohn sank in kurzer Zeit auf die Hälfte seines Wertes. Dagegen kämpften die Gewerkschaften nachdrücklich mit der Vertretung von Lohnforderungen an. Es trifft nicht zu, daß sie sich darin durch den Burgfrieden irgendwie

hemmen ließen. Sie wählten andere Formen des Kampfes, aber sie kämpften. Wird nach Schluß des Krieges die Geschichte der Gewerkschaften für diese Zeit geschrieben, dann wird sich im Zusammenhang übersehen lassen, wie zahlreiche und wie große Bewegungen sie durchgeführt haben.

Trotzdem dürfen wir nicht verkennen, daß die Spannung zwischen Preissteigerungen und Löhnen immer größer geworden ist. Wir sind nicht der Meinung, daß die Lohnhöhe an sich entscheidend ist, sondern die Menge der Waren, die man sich für den Lohn kaufen kann. Wir lassen uns auch nicht von den Ausnahmesteuerungen der Munitionsindustrie täuschen, auf denen die Unternehmer herumreiten. Im Hinblick auf die große Masse derer, die unter den Kriegswirkungen leiden kommen die paar Hunderttausende kaum in Betracht, die wirklich einen der Teuerung entsprechenden Lohn beziehen.

Die Arbeiter des Textilgewerbes, der Nahrungsmittelindustrie, des Baugewerbes, der keramischen Industrie, des graphischen Gewerbes, die Fabrik- und Transportarbeiter, die Millionen Angestellter, die Beamten der Post und der Bahn, die städtischen und Staatsarbeiter, und große andere Volksteile hatten schwer zu leiden, trotzdem die Gewerkschaften alles taten, um ihr Los zu erleichtern.

Nach sehr vorsichtigen Berechnungen haben wir, ganz unbeeinflusst von den amtlichen Notierungen eines durchschnittlichen Lebensmittelpreises, der den von 1914 um 120 bis 130 Prozent übersteigt. Nicht berücksichtigt sind bei dieser Berechnung die enormen Preissteigerungen für Haushaltsgüter, Kleider und Möbel; sonst wäre das Ergebnis noch ungünstiger ausgefallen. Abgesehen von der Rüstungsindustrie betragen hingegen die Teuerungszulagen in den Jahren 1915 bis 1917 bei den günstigen Berufen rund 60 Prozent, bei den übrigen 30 Prozent. Ja es gibt noch viele Tausende, die noch keine Teuerungszulage erhalten konnten. Im Gesamtdurchschnitt ergibt sich eine Lohnsteigerung von 45 Prozent. Das ist ein Drittel der notwendigen Mehraufwendungen für Lebensmittel. Kann ein so ungünstiges Resultat richtig sein? Die Nachprüfung der Zahlen für die tarifmäßig erreichten Verbesserungen bestätigt die Rechnung. Die wildgewachsenen Lohnerhöhungen, die daneben hier und dort erreicht wurden, sind zu selten und unbedeutend, um das Bild zu verschieben.

Daß bei einem solchen Unterschied in der Steigerung der Lebensmittelpreise und Arbeitslöhne die Arbeiter überhaupt noch existieren, erklärt sich nur daraus, daß hochwertige Lebensmittel nur noch zu einem Viertel des früheren Verbrauchs zu kaufen sind, z. B. Butter, Eier, Milch, Fett, Wurst und Käse, andere wie Brot, Fleisch und Obst zur Hälfte. Die meisten Haushaltsgütergegenstände wie Möbel, Wäsche, Betten und Kleider können jetzt überhaupt kaum ergänzt werden. Bei einem Einkommen bis zu 2500 Mk. gibt man jetzt tatsächlich 90 Prozent für Lebensmittel aus und erhält doch viel weniger als vor dem Krieg. Erst dadurch wird verständlich, daß bei einer Preissteigerung von 130 Prozent die Arbeiter mit 45 Prozent Lohnzuschlag leben.

Die Zustände wären natürlich noch viel schlimmer, wenn nicht die Gewerkschaften Lohnerhöhungen durchgesetzt hätten. Nur waren ihnen die Agrarier immer um zwei Pferdelängen voraus. In der Regel konnten sie vom Arbeitgeber nur einen Teil dessen wieder einholen, was die Landwirte, die Wucherer in den Städten, und die ganze verkehrte Lebensmittelpolitik ihnen abgenommen hatten. Gerade daran erkennt man recht deutlich, daß nicht hohe Löhne die teuren Preise verschuldet haben, sondern umgekehrt die Lohnforderungen erst eine Folge der Teuerung waren.

Die Lohnerhöhungen sind in den allermeisten Fällen vorläufig in der Form von Kriegszulagen gewährt worden. Anfangs haben sich die organisierten Arbeiter dagegen nicht genügend gewehrt, weil jeder glaubte, es handle sich um vorübergehende Erscheinungen. Jetzt haben sich die hohen Preise so eingefressen, daß sie schwer wieder zu beseitigen sind. Aber ob man nun von Kriegs- und Teuerungszulagen spricht und andere Namen wählt, kein Unternehmer darf daran denken, die Löhne wieder zu senken ehe nicht die Lebensmittelpreise bedeutend herabgegangen sind. Das wird sobald nicht geschehen. Inzwischen wird sich noch häufig genug Gelegenheit finden, die Zuschläge in das System der Tarifverträge hineinzuverarbeiten. Der Gefahr, daß in der Übergangswirtschaft die Teuerungszulagen gestrichen werden, ehe die Kriegspreise sich senken, muß und wird von den Gewerkschaften wirksam entgegengearbeitet werden.

Während der 3/2 Kriegsjahre haben die Gewerkschaften bei der Lösung so vieler Fragen des täglichen Lebens mitarbeiten müssen, daß die Grenze zwischen politischer, gewerkschaftlicher und gewerkschaftlicher Betätigung vielfach verwischt worden ist. Man kann wirklich oft nicht mehr sagen, wo die eine aufhört und die andere beginnt. Alles muß innig ineinandergreifen, dann werden die Aufgaben bewältigt und für die breiten Massen des Volkes so viel Erleichterung geschaffen, wie zu erreichen möglich ist.

Th. Thomas.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ein düsteres Zukunftsbild

entrollt »Der Notenstecher« über die Aussichten dieses Gewerbes für die Zeit nach dem Kriege. »Von allen Gewerben, welche unter dem Kriege am meisten gelitten haben, steht wohl das Notenstechergewerbe obenan. Nachdem schon ein Jahrzehnt lang vorher sehr häufig Arbeitsmangel den Beruf heimgesucht hatte, führte der Krieg direkt zur Katastrophe. Infolge Zurückziehung der Stichtaufträge durch das Ausland setzte sofort nach der Mobilmachung eine große Arbeitslosigkeit ein. Die Arbeitszeit mußte auf 4 und 5 Stunden täglich verkürzt werden. Zur Zeit sind über die Hälfte der Notenstecher zum Heere einberufen und trotzdem ist es nicht möglich gewesen, für den übrigen Teil soviel Arbeit heranzuziehen, um ihn voll beschäftigen zu können. Wochenlanges Aussetzen und Verkürzung der Arbeitszeit sind an der Tagesordnung. Die nach und nach bewilligte Teuerungszulage bis zu 33 1/3 Proz. wird durch die Verkürzung der Arbeitszeit vollständig hinfällig. Die Notenstecher sind also trotz der Teuerungszulage oft schlechter gestellt als in der Friedenszeit. Die dadurch entstandene Not und Entbehrung hat leider sehr vielen Kollegen ihren Stempel aufgedrückt. Das Arbeiten auf Bleiplatten und in Bleistaub geschwängelter Luft bei schmaler Kost reißt die Gesundheit vollständig auf und oft sehr frühe Invaldität ist das Ende dieser Künstlerlaufbahn. Da nun durch den Krieg die Auslandsarbeiten ausgeblieben sind und vielleicht Jahre vergehen, ehe die Verbindungen wieder angeknüpft sind, ist wenig Aussicht auf bessere Konjunktur vorhanden. Die Notenstecher sehen deshalb mit Bangen der Zukunft entgegen. Aus diesem Grunde hält es der Notenstecherverband für angebracht, die Öffentlichkeit einmal auf die Lage dieser Branche aufmerksam zu machen. Die Eltern, welche die Absicht haben, ihren Sprößling diesem Kunstgewerbe zuzuführen, mögen sich vorher vertrauensvoll an den Vorstand des Notenstecher-Verbandes (Leipzig, Zeitzer Str. 32, Zimmer 14) wenden, er wird ihnen einwandfrei Auskunft geben.«

Aus dem Gau Schlesien.

Wenn die Gauleitung hiermit einen Bericht über die Verbandsstätigkeit während des Krieges veröffentlicht, müssen wir voraussagen, daß Schlesien zum größten Teil im Erzeugergebiet von landwirtschaftlichen Produkten liegt. Daher haben im allgemeinen unsere Kollegen nicht mit sold teuren Lebensverhältnissen zu rechnen, als die Kollegen der westlichen industriereichen Provinzen. Ausgenommen davon sind die Steinkohlenreviere Mittel- und Oberschlesiens und die Gebirgsgegenden. Als unserer Grenzprovinz in den ersten Kriegsjahren die russische Invasion drohte, die alle Gemüter niederdrückte und vollständige Mutlosigkeit verursachte, die durch Arbeitslosigkeit und schlechten Geschäftsgang noch erhöht wurde und auch der seit Kriegsbeginn verhängte Belagerungszustand das gewerkschaftliche Leben unterband, war es sehr schwer, für die wirtschaftliche Besserstellung der Kollegschaft zu wirken. Erst in den letzten Jahren als die Teuerung schärfer einsetzte, nahm das Verlangen nach Lohnaufbesserungen Formen an. Der Verlauf dieser Bewegungen in den einzelnen Orten gestaltete sich folgendermaßen:

Breslau. Nach vorangegangenen kleinen Bewegungen haben die Kollegen im Juni vorigen Jahres und Februar dieses Jahres geschlossen Lohnforderungen gestellt. Beide Bewegungen waren erfolgreich, und wurden Zulagen von 2-9 Mk. wöchentlich erzielt. Die Wochenlöhne bewegen sich jetzt, mit geringen Ausnahmen für ausgelernte und nicht vollbeschäftigte Kollegen, zwischen 45-65 Mk. Der Durchschnitt ist 54 Mk. Der gute Geist und der kollegiale Zusammenhalt haben diesen Erfolg gezeitigt. Wünschen wir, daß es immer so bleibt.

Aitwasser. Nach mehrmaligem Vorgehen der dortigen Kollegen werden jetzt Löhne von 37-40 Mk. gezahlt, es bedeutet dies eine Lohnsteigerung von durchschnittlich 10 Mk. pro Woche. Die Erfolge wären zweifellos größere gewesen, wenn hauptsächlich die Steindrucker-Kollegen geschlossen organisiert im Verband ständen.

Schweidnitz. Hier sind nur noch wenige Kollegen beschäftigt. Die jetzigen Löhne von 37,50, 42, 45 und 48 Mk. gegenüber den Friedenslöhnen von 25-36 Mk. lassen erkennen, daß die Kollegen bemüht sind, die Lohnverhältnisse der Teuerung anzupassen.

Hirschberg. Gegenüber den früheren Löhnen von 30-33 Mk. sind dieselben für den Lithographen auf 35 Mk., für die Drucker auf 45-50 Mk. gestiegen. Hier wie in andern Zahlstellen muß die bedauerliche Wahrnehmung gemacht werden, daß das »notwendige Übel«, der Lithograph nicht der Zeit entsprechend bezahlt wird.

Kattowitz. Die dortigen Kollegen haben nach zwei- bis dreimaliger Zulage Löhne von 28 (Ausgelernter), 45,50 und 55,50 Mk. und bedeutet dieser Stand eine Aufbesserung von 12-16 Mk. wöchentlich.

Bei dem Mangel an Druckern sind die Lithographen genötigt, Steindruckarbeiten zu verrichten, um den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Gleiwitz. Von dieser Zahlstelle liegt trotz Mahnung ein Bericht nicht vor. Es sind nur noch 6 Kollegen am Ort und dürften, da mehrere Male Zulagen gezahlt wurden, Löhne unter 45 Mk. nicht anzutreffen sein.

Glogau. Die Firma Flenning zahlt gegenwärtig Löhne von 26 Mk. (Ausgelernter), 36 und 4 Kollegen à 43 Mk., Friedenslöhne waren 32-33 Mk. Firma »Zierdruck Lindenruh« hat die Löhne von 24-31 Mk. auf 36-40 Mk. erhöht. 12 Mitgl. eder sind noch am Ort. Die Glogauer Kollegen werden hoffentlich beim Lesen dieses Berichtes zu der Überzeugung gelangen, daß die täglich steigende Teuerung die Lohnzulagen bedeutend überholt hat und ihre Löhne verbesserungsbedürftig sind.

Lauban. Der Regsamkeit der dortigen Kollegen ist es gelungen, die Friedenslöhne 27,50-30 Mk. auf 43-47 Mk. zu erhöhen, es ist eine Lohnsteigerung von 16-17 Mk. zu verzeichnen. Geschäftsgang ist ein guter, nur herrscht Papiermangel.

Görlitz. Von hier kann Günstiges nicht berichtet werden. Da nur noch ältere Kollegen dort sind und der Geschäftsgang ein anhaltend schlechter ist, (in der ersten Kriegszeit mußten die Kollegen zum Teil unter dem Friedenslohn arbeiten), ist es trotz großer Mühe nicht gelungen, nennenswerte Fortschritte zu machen.

Zum Schluß wollen wir noch die beiden Stiefkinder des Gaus erwähnen. In **Neurode** sind die Friedenslöhne von 23-30 Mk. auf 30-36,50 Mk. gestiegen. Die Uneinigkeit der dortigen Kollegen ist Schuld an diesen traurigen Verhältnissen. Sie können wohl Kritik an den Verbandseinsparungen üben, zeigen aber sonst wenig Mut für ihre wirtschaftliche Besserstellung einzutreten. Warum zahlt die General-Direktion den Kollegen in Brandenburg Löhne über 50 Mk.?

Hof-Göhlenau. Hier haben wir trotz großer Anstrengungen noch nicht bessernd eingreifen können. Daß es aber noch Kollegen gibt, die in dieser Zeit in diesem gotterlassenen Gebirgsdorf bei der Firma Hanke für 25-30 Mk. arbeiten, dürfte allen denkenden Kollegen unbegreiflich erscheinen.

O. F.

Ortsberichte.

Berlin. Am Montag, den 18. März fand im »Berliner Klubhaus« eine gemeinsame Mitgliederversammlung der Filialen der Lithographen, Steindrucker, Photographen und Formstecher statt, die unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse sehr gut besucht war.

Auf der Tagesordnung stand die Urabstimmung betreffs der vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Beitragserhöhung, wozu Kollege Czeh die einleitenden Ausführungen übernommen hatte. Zuerst die Bedeutung der vorliegenden Frage für unser ferneres Organisationsleben und die künftige Gestaltung der Arbeitsbedingungen hervorhebend, berührte der Referent die zu erwartenden Schwierigkeiten in der Übergangsperiode, die bereits in mehreren Versammlungen der Lithographen und Steindrucker und auch in der »Graphischen Presse« in mehreren Artikeln behandelt worden sind. In den Versammlungen haben die Kollegen einmütig zum Ausdruck gebracht, daß die Stärkung des Verbandes eine der dringendsten Aufgaben sei, um der Organisation eine wirksame Wahrnehmung unserer wirtschaftlichen Interessen zu ermöglichen. Die gleiche Auffassung sei auch in der »Graphischen Presse« zum Ausdruck gekommen.

Das waren bisher Erörterungen mehr theoretischer Natur, während der Vorschlag des Hauptvorstandes uns veranlaßt, den ersten Schritt nach der praktischen Seite zu tun und die gewonnene Erkenntnis in die Tat umzusetzen. Bei Beurteilung der vorliegenden Frage dürften gefühlsmäßige Erwägungen keine Rolle spielen. Heute könne mit Bestimmtheit gesagt werden, daß nach dem Kriege an unsere Verbandskasse riesige Anforderungen gestellt werden, die durch die Erfüllung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben und gesteigerten Ausgaben für unsere Unterstützungszweige hervorgerufen werden.

Die Kollegen haben durch ihre dem Verbands während seiner schlimmsten Krisis, die er bei Ausbruch des Krieges durchmachen mußte, bewiesene Treue, seine Existenz gesichert. Heute liegen die Verhältnisse so, daß nach menschlicher Berechnung die vorhandenen Kassenmittel ausreichen, selbst bei Gewährung der vollen wöchentlichen Sätze in der Arbeitslosenunterstützung, bei Auszahlung der vollen statistischen Reise- und Umzugsunterstützung und des vollen Sterbegeldes, den zu erwartenden hohen Anforderungen aus eigenen Mittel zu entsprechen. Während es bezüglich der Kranken-, Invaliden- und Witwenunterstützung bis auf weiteres leider bei dem bisherigen Zustande noch bleiben müsse.

An der Hand eines interessanten Zahlenmaterials erläuterte Kollege Czeh die steigenden Ausgaben in der Krankenunterstützung; den fortwährenden Rückgang der Mitgliederzahl und die damit verbundenen verminderten Beitragseinnahmen. Hierdurch sei auch die Erklärung gegeben, daß sich der im II. Quartal 1916 erzielte Überschuß von 30520,23 Mk.

auf 442,10 Mk. im III. Quartal 1917 vermindern mußte. Da in der nächsten Zeit mit einer höheren Beitragseinnahme nicht zu rechnen sei, andererseits aber steigende Ausgaben, vor allen Dingen in der Krankenunterstützung zu erwarten wären, so können Rücklagen für die Erfüllung der künftigen **Bewerkschaftsaufgaben** nicht mehr gemacht werden.

Deshalb ersuchte der Hauptvorstand, um die Aktionsfähigkeit des Verbandes zu stärken, um die Erhöhung des Beitrages um 20 Pfg pro Woche. Nach dem Kriege gelte es den Aufbau unserer gesamten Arbeitsbedingungen, die Neueregulierung der Zentraltarife der Chemigrphen, Kupferdrucker, Lichtdrucker, Formstecher und der Ortstarife der Lithographen und Steindrucker in die Wege zu leiten und da ist eine starke und finanzkräftige Organisation dringend von Nöten. Aus diesem Grunde müssen wir die gestellte Frage mit einem einmütigen »Ja« beantworten.

In der anschließenden Diskussion wurde von einem Kollegen hervorgehoben, daß der Hauptvorstand schon früher mit einer Beitragserhöhung hätte kommen müssen. Nach Schluß der Diskussion wurde die Urabstimmung vorgenommen und zeitigte das erfreuliche Resultat von 256 Stimmen mit »Ja« und 7 Stimmen mit »Nein«.

Solingen. Selten dringt etwas aus unserer so abseits gelegenen Zahlreihe an die Öffentlichkeit, doch die am 2. März 1918 vollzählig abgehaltene Mitgliederversammlung beschloß, aus unserer Reserve herauszutreten und einen Appell an den Hauptvorstand, sowie an die Kollegschaft zu richten. Nach einstimmiger Annahme des Beitragzuschlages von 20 Pfg. pro Woche für die Vollzahlung des Sterbegeldes, Reise-, Umzugs- und Arbeitslosenunterstützung entwickelte sich eine sehr lebhaft Debattte, daß man den wundensten Punkt für die heutige Zeit, das Krankengeld außer acht gelassen habe. Die Versammlung verkannte in keiner Weise den weittragenden Blick unseres Hauptvorstandes, wie man zu Geld kommt und Gassebe zu schonen in der Lage ist. Schon seit fast vier Jahren kamen wir pünktlich im Beitragzahlen nach, und nur ein Bruchteil des Krankengeldes, in größter Not konnte ausgezahlt werden. Es wird nun gesagt, daß die Kasse durch die heimkehrenden Krieger zu stark belastet würde und die Ortskassen als Rettungsanker vorgeschoben. Die Mehrleistungen derselben kommen bei der heutigen Lebensweise kaum in Frage, ganz besonders nicht für einen Kranken, und daß diejenigen, die uns draußen verteidigen als Hemmschuh gelten solien, halten wir für nicht richtig, denn sie haben es in erster Linie nötig, da die Familien durch den Krieg mehr als wir, die Daheimgebliebenen, in Not geraten sind. Kehren diese, unsere Kollegen zurück, und finden den Verband, wie sie ihn 1914 verlassen haben, so würde dem Verband alle Ehre, sie würden sagen: »Auch ihr in der Heimat habt für uns für die Zukunft gesorgt.« Es kam in unserer Versammlung zu dem Entschluß, Hauptvorstand und Mitgliedschaften die Frage vorzulegen: »Mit welchem Mehrbeitrag ist der Verband in der Lage alte Pflichten wieder zu erfüllen?« Diese kleine Mehrzahlung, die wir bei unserer Arbeitskraft nicht fühlen würden, wäre bei gutem Willen leicht erträglich; aber noch erträglicher wäre es, auf dem Krankenlager etwas mehr sich stärken zu können, und, wenn alle Hebel brechen, die zurückgelassenen Familien durch die volle Witwenunterstützung etwas gesichert zu wissen. Betrachten wir nur Steuern, Miete, kurzum alles was sich auch nur denken läßt. Überall wird verlangt und mit einigem Murren gibt man es, ja muß es geben. Man sollte hier ohne zu Murren für unsere Geschlossenheit ja Existenzfrage diese winzige Mehrausgabe nicht scheuen und für das weitere Gedeihen des Verbandes voll und ganz einstehen. Wir richten daher an die gesamten Mitgliedschaften die Bitte, bei ihren nächsten Zusammenkünften diese unsere aufgeworfene Frage: »Wie kommt der Verband

wieder zu seiner Leistungsfähigkeit?« zu besprechen, so daß wir bald wieder in der Lage sind, als kräftiges und geschlossenes Ganzes dazustehen. Einigkeit macht stark, und diese Einigkeit werden wir nach Friedensschluß zu nötig haben, und von dieser Stelle aus rufen wir von Solingen nochmals den dringenden Mahnruf, ganz besonders an unsere Feldgrauen: vorher Erkundigungen über die Arbeitsverhältnisse bei den Vorständen einzuholen. Die Versammlung war der Ansicht, daß wir dann allen Anfechtungen die Stirn bieten können. H. St.

Feuilleton.

Scheußlichkeiten.

Es war bei Gelegenheit einer Jugendfeier. Die ergreifende Ballade Richard Dehmels »Zu eng«, stand auf dem Programm und sollte eben vortragen werden. Da fragte mich ein älterer Genosse: Wie konnte man nur dieses scheußliche Gedicht auswählen? Sein Abscheu klang innerlich und ehrlich; aber er stand wohl mit seiner Auffassung allein, denn das Gedicht fand bei den zahlreich anwesenden Jugendlichen stürmischen Beifall.

Und trotzdem steht der Genosse mit seinem Abscheu vor dieser Art Kunst nicht ganz einsam. Was aber bei ihm wahrscheinlich mehr auf eine Schwäche der Nerven zurückzuführen ist, findet dort andere Erklärung, wo es sich um Gegensätze der politischen Auffassung handelt. So äußerte sich einst eine Rezipitorin, die lange Jahre mit gutem Erfolg auf Arbeiterfesten mitwirkte: »Die Arbeiter haben doch eine auffallende Vorliebe für soziale Kunst. Sie erstrecken ihr menschliches Mitgefühl im wesentlichen auf die Leiden und Sorgen ihrer Klassengenossen. Dabei ist es doch der gleiche Kummer, wenn der Tod in einer höheren Beamtenfamilie einkehrt oder in einer Arbeiterfamilie. Es ist doch derselbe herzerreißende Jammer, ob die Arbeiterfrau als Mutter um ihr todkrankes Kind zittert oder die Frau eines Fabrikdirektors. Es gibt doch leider so viel Unglück im menschlichen Leben, daß dabei die Hereintragung sozialer Gegensätze recht unangebracht erscheint. Aber die Arbeiter interessieren sich fast nur um die soziale Seite solcher Dinge.«

So berechtigt diese Auffassung im ersten Augenblick klingen mag, sie ist leider nicht zu Ende gedacht. Man darf gern zugeben, wenn es sich um wirklich gebildete Menschen handelt, kann der Schmerz über ein Unglück bei wohlhabenden größer sein, kann ihr Gemüt vielleicht tiefer aufgewühlt werden als bei einfachen, von der Not des Lebens stumpf gewordenen Arbeitern. Aber was so ungemein aufreizend wirken muß, was zum Mitleid aufpeitscht, weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus, das ist eben die soziale Seite im menschlichen Elend und Unglück.

Wenn ihr Kind krank wird, dann nimmt die wohlhabende Mutter 2 oder 3 Ärzte, sie nimmt die teuerste Medizin, die beste Kost, versucht es mit Klimawechsel und ähnlichem mehr. Muß es nicht demgegenüber unsagbar verbitternd wirken, wenn der Arzt zu einer Arbeiterfrau sagt: »Ihr Kind kann gerettet werden, sorgen sie nur für kräftiges Essen, für gute Luft und möglichst viel Sonnenschein...« Denken wir uns in die Lage einer solchen Mutter, wenn zu dem Schmerz über die Leiden des Kindes noch die ohnmächtige Wut, noch der Fluch über die elende Gesellschaftsordnung sich gesellt. Ihr Kind kann nicht gesund werden, muß sterben, weil sie arm ist, während so viele andere selbst mit den raffiniertesten Mitteln nicht in der Lage sind auch nur die Zinsen ihres Vermögens zu verzehren. All die Katakomben, die jährlich gefüllt werden können mit Leichen von Schwindsüchtigen, das Heer der Säuglinge, die sterben und verderben müssen als Opfer der sozialen Not, dazu all die tausende, die jährlich bei

der Arbeit getötet oder zu Krüppeln werden, an alledem sollte die Arbeiterschaft gedankenlos vorbeigehen? Sollten solche Mißstände nicht auch die Auffassung der Arbeiter über Kunst oder künstlerische Werke beeinflussen können?

Stellen wir uns einen Arbeiter oder eine Arbeiterin vor, versunken in der Betrachtung eines Bildes. Es ist vielleicht ein Gemälde von Feuerbach oder Böcklin. Aber die griechischen Tragödien des ersten und die Sagenwelt des letzteren sind ihnen fast völlig fremd, weil die Schule, die Armen- oder Volksschule ihnen nichts darüber gelehrt hat. Die idealisierten Bilder Böcklins mögen noch so sehr durch ihren Farbenreichtum, durch die Wucht der Darstellung entzücken, sie können allgemein nicht jenen nachhaltigen Eindruck bei ihnen hinterlassen als jene Bilder der Arbeit, die ihre Entwürfe dem eigenen Lebenskreise der Arbeiter entnommen haben. Hier ist ihnen auf den ersten Blick alles verständlich, alles heimisch und vertraut. Die sinnverwirrende, fast beängstigende Betriebsamkeit, dieser Wirrwarr von Rauch und Qualm und Feuer, von Fabrikhäusern und Schornsteinen, Eisenbahnen und anderen Betriebsmitteln, das uns zum Beispiel das Gemälde: die »Dortmunder Hütte« von Eugen Bracht zeigt, das alles ist den Arbeitern tägliche Umgebung. Sehen sie eine von Käthe Kollwitz radierte arme Arbeiterfrau, mit diesem fast nicht mehr menschlichen Ausdruck des Elends und der stumpfen Verzweiflung, so steigen ihnen ausihrem eigenen Lebenserfahrungen bekannte Bilder auf. Sie haben unsagbar oft diesen Ausdruck im Gesicht ihrer Klassengenossen gesehen.

Denn es ist ja nicht wahr, was der Philosoph der Deutschen »Arbeitgeber Zeitung«, Felix Kuh, vor längerer Zeit seinen Lesern einzureden versuchte: »daß solche Schreckensbilder, die als Ausnahme in den entsetzlichen Höhlen großstädtischer Kaschemmenviertel vorkommen können« nicht Wirklichkeit sind. Solche »Bilder aus dem tiefsten Elend des Proletariats« kann jeder in voller grauenhafter Wirklichkeit sehen, nicht nur in der Großstadt, nein, auch in Mittel- und Kleinstädten. Überall dort wo die Industrie die Menschen ausbeutet zur höheren Ehre des Profits.

Wer allerdings so von Grauen erfüllt ist vor dem Anblick des Elends, wie Felix Kuh, der geht gern der Wirklichkeit in weitem Bogen aus dem Wege und darf dann unschuldsvoll sagen: »Die Kollwitzschen Bilder atmen Grauen und Entsetzen, sie schweben in einem übermäßig ekelhafter Scheußlichkeiten, und wer unter der Kunst etwas erhebendes oder erhebendes versteht, der wird sich von diesen Schöpfungen, die Kunst sein wollen, mit Schauern abwenden.«

Mit Schauern abwenden! Ja, wer das kann, wer dazu die Möglichkeit hat, der muß sich schließlich in dem Glauben wegen, daß alle solche Bilder oder künstlerischen Schilderungen nicht Wirklichkeit sind. Er darf in einer Umwelt leben, in der nichts von Not und Grauen zu spüren ist. Er will nichts sehen, darum sieht er nichts.

(Fortsetzung folgt.)

Vom Büchertisch.

Mitteilungen des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Von diesem neuen Blatt erschien soeben Nr. 11. Wie der Aufdruck zeigt, ist die Auflage schon auf 25000 Exemplare gestiegen, ein Beweis für die überaus rasche Ausdehnung der Bewegung. Das bestätigt auch der ausgedehnte Vereinsteil des Blattes. Danach wurden u. a. in der zweiten Hälfte des Februar 50 neue Ortsgruppen gegründet. Ein besonderer Unterhaltungsteil und ausgedehnter Arbeitsmarkt sorgen für weitere Bedürfnisse der Mitglieder. Diesen wird das halbmöndlich erscheinende Blatt kostenlos geliefert, während es sonst für 5 Mk. jährlich vom Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin 68, bezogen werden kann.

Stellenangebote

Autotypieätzer und Positivretuschreure

sobort gesucht. Angebote mit Gehaltsforderungen und Angabe der Militärverhältnisse an

Brend' amour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen**

**Roulett-, Fadenstichel
Fräser u.s.w.** in bester Ausführung fert. ar

**Carl Neumann, vormalis G. König
Berlin SO, Nauynstraße 69.**

Schnell-Trockenmittel „Extrakt“

patentamtlich geschützt. „Betromit“ patentamtlich geschützt.

ein kleiner Zusatz von 1-3 Prozent genügt, um Druckfarben in etwa 2 Stunden zum Trocknen zu bringen. »Betromit« bildet selbst bei langsamstem Verbrauch keine Haut, trocknet nicht ein, daher kein Verlust, ist sehr sparsam im Gebrauch. Von ersten Firmen glänzend beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Großer Versand nach In- und Ausland. Viele Anerkennungs schreiben liegen vor. Per Kilo Mark 12,50.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49, chem.-techn. Druckpräparate.

Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!

Unentbehrlich zum verdrukken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben, dieselben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Friedensware, Merkantill-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei weichen kalkfleckigen Steinen. Übertreft in jeder Beziehung Stearin-Öl, welches doppelt so teuer. Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe.

Kg. Mk. 3,50 gegen Nachnahme.

Nachbestellungen liefern ein: L. & Co. Hannover 50 Kg.;
W. & N. Leipzig 5 Kg.; G. W. Cassel 5 Kg.;
G. & D. Leipzig 5 Kg.; G. L. Fürth 5 Kg.;
A. F. Breslau 5 Kg.; K. & S. Niederschütz 5 Kg.;
W. & S. Stuttgart 3 Kg.; F. A. Berlin 2 Kg.;
S. & N. Dresden 2 Kg. u. s. w.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

Anfang Februar habe ich hier in

Potsdam, Jäger-Allee 14,

ein Wein-, Bier- und Kaffee-Restaurant mit schönem Vorgarten und einigen Fremden-Zimmern übernommen.

5 Minuten vom Park Sanssouci entfernt, was ich den Kollegen bei Ausflügen nach hier bestens empfehle.

O. Hegewald, Steindrucker,

langjähriges Mitglied des Vereins.